

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 6

Artikel: Kambodscha, ein Land Südostasiens, das seine Unabhängigkeit behauptet
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kambodscha, ein Land Südostasiens, das seine Unabhängigkeit behauptet

Kambodscha ist ein interessantes Gegenbeispiel zu Südvietnam, wo nach der USA-Propaganda nahezu 300 000 amerikanische Militärs und Hunderttausende von mit den Amerikanern verbündeten Einwohnern mit Mühe und wechselndem Erfolg einer sogenannten kommunistischen Invasion von Nordvietnamesen (hinter denen China stehen soll) abwehren. Kambodscha, Prinz Sihanouks Land, ist ein Gebiet von etwa 180 000 Quadratkilometern mit etwa 6 Millionen Einwohnern; es grenzt im Westen an Thailand, im Osten an Laos und Südvietnam, hat also eine gefährliche Nachbarschaft. Seltsamerweise ist es dem Prinzen gelungen, seine Unabhängigkeit von Ost und West so geschickt zu wahren, daß Kambodscha heute in jeder Beziehung als Vorbild eines neutralen Staates bezeichnet werden kann. Es genießt den Frieden innerhalb seiner Grenzen, hat ein freiheitliches, sozialistisches Regime, das sich auf die Zustimmung seiner Bürger stützt. Der Herrscher, Prinz Norodom Sihanouk, gab 1955 den Thron zugunsten seines Vaters auf, um als Premier aktiv in die Politik eingreifen zu können, schloß sich in Bandung (1955) gegen ein Versprechen der Kommunisten, sich nicht in die Angelegenheiten Kambodschas einzumischen, der neutralistischen Staatengruppe an. Tatsächlich ist Kambodscha das einzige Land in Südostasien, das den Kommunismus bis jetzt mit Erfolg abgewehrt hat.

Auffallend ist trotz dieser Sachlage die dauernde feindliche Einstellung der USA Kambodscha gegenüber. Sie wird etwas verständlicher, wenn man liest, wie freimütig sich Prinz Sihanouk, der seit einigen Monaten jede amerikanische Hilfe an sein Land ablehnt, über das amerikanische Vorgehen in Südvietnam in seiner französischsprachigen Presse äußert. Es sei hier nur auf einige Passagen hingewiesen, die in englischer Sprache im Melbournner *«Beacon»*, aber kaum irgendwo sonst, erschienen sind.

Prinz Sihanouk schreibt, in Beantwortung des amerikanischen Arguments, daß mehrere asiatische Völker mit den USA in Vietnam solidarisch seien: «Man kann nicht ernstlich von Solidarität mit den USA sprechen, wenn Truppen aus Südkorea, Formosa und andern Gegenden Asiens nach Südvietnam geschickt werden. Es ist allgemein bekannt, daß diese Hilfskräfte aus Ländern stammen, die ausschließlich von amerikanischer Unterstützung leben, in Tat und Wahrheit einfach amerikanische Kolonien sind. Ihre Anwesenheit in Südvietnam rechtfertigt keineswegs die Präsenz der Amerikaner, sondern verschärft im Gegenteil die Anklage.

Wir Khmers erinnern uns als einstiges Kolonialvolk, daß die französische Regierung jeweils Algerier, Marokkaner, Tunesier, Senegalesen nach Indochina schickten, um die indochinesischen Völker unter ihrer Botmäßigkeit zu halten und daß sie auch Vietnamesen und Soldaten aus Kambodscha nach Nord- und Zentralafrika verfrachteten, um ihre dortige Herrschaft zu konsolidieren.

Daß die Regierungen in Canberra und Wellington Truppen nach Vietnam abgehen lassen, verhüllt nicht, daß das Spiel verloren ist, aber es wird das Prestige unserer Freunde aus Australien und Neuseeland in Asien und Ozeanien, zu dem sie gehören, sehr herabsetzen.

Die Intervention von nichtamerikanischen Truppen ändert absolut nichts am ungesetzlichen Vorgehen der USA. Sie erhöht nur den abscheulichen und verbrecherischen Charakter – ich wäge meine Worte genau – des Krieges, den die USA und ihre Satelliten und Schuldner gegen ein Land führen, dessen einziges Verbrechen darin besteht, sein Recht auf Unabhängigkeit zu verteidigen und selbst über sein Regime und die Wiedervereinigung seines Landes bestimmen zu wollen.

Ich bin sehr betroffen, daß die westliche Welt, die nicht engagierten Völker und sogar der Vatikan nicht einsehen, welches Risiko sie eingehen, indem sie dieses ‚Dschungelgesetz‘, das Recht des Stärkeren, de facto anerkennen, das Dschungelgesetz, das die Amerikaner und ihre Lakaien heute auf Kosten aller Staaten und Völker, die weniger gut bewaffnet sind, aufstellen.

Um ein Land zu zerschlagen, braucht man es nur eines Vergehens anzuklagen – Kommunismus oder sonst irgend etwas –, um zum voraus die Verbrechen zu rechtfertigen, die man vorhat. Es ist dies genau, was Hitler praktizierte, als er die Tschechoslowakei und Polen überfallen wollte ...»

Gegenwärtig finden «rechtdenkende» Regierungen und Persönlichkeiten, es sei unvernünftig von Nord- und Südvietnam, auf amerikanische Angebote für «Friedensverhandlungen» nicht eingehen zu wollen.

Man erlaube mir, Vietnam mit einem Haus zu vergleichen, die Vietnamesen mit dessen Eigentümern und die Amerikaner mit Gangstern, die in das Haus eingebrochen sind.

Die Gangster beanspruchen das Recht, das Haus zu besetzen, damit zu verfahren, wie es ihnen paßt und ebenso mit dem Leben der Familienglieder. Wenn die letzteren Widerstand leisten, werden sie gefoltert, verstümmelt und getötet. Die Gangster zerstören die Einrichtung und, wenn nötig, verbrennen sie das Haus samt seinen Bewohnern.

Wie rechtfertigen die Gangster dieses «Recht»? Sie geben einfach vor, die Bewohner hätten im Sinn, ihr Haus rosa oder rot anzustreichen, Farben, die sie nicht mögen.

Darauf kommen dann gute Seelen, wie die Vereinten Nationen, Regierungen oder geistliche Berater, selbsternannte «Friedensboten». Sie sagen den armen Hauseigentümern: «Ihr tut uns leid, Freunde, aber seht, eure Feinde sind voll guten Willens, sie wollen Frieden machen mit euch. Sie wollen mit euch verhandeln, wie man die Kriegshandlungen beenden kann und alle Angelegenheiten in eurem Hause besprechen. Es ist am besten, ihr teilt mit ihnen euren Besitz und alle Verpflichtungen und Vorteile der Verwaltung eures Hauses. Ihr könnt ohne Gewalt, ganz friedlich mit ihnen verhandeln.»

«Wir wissen schon, daß ihr verlangt, daß diese Herren zuerst einmal euer Haus verlassen. Aber sie können sich wirklich nicht auf solch einschnei-

dende Bedingungen einlassen, ohne eine Garantie – ein Versprechen eurerseits zum Beispiel, daß ihr euer Haus nicht rot streicht oder eure Familie zu eng vereinigt – sie mögen dergleichen nicht.»

Dies ist ins Persönliche übersetzt, die fast unglaubliche, aber wirkliche Lage in Vietnam.

Kein Land hat je Gesetze oder auch nur Bräuche gehabt, die solche «Vermittlung» anerkennen und den Gangstern erlauben würden, über das Ende der Aggression, die Verteilung des Besitzes und sogar das Schicksal des Opfers zu «verhandeln».

Wir können nur staunen, daß, mit Ausnahme vom Frankreich General de Gaulles, die westlichen Mächte und sogar der Vatikan sich mit der Rückkehr zu einer Politik der Höhlenmenschen abfinden. Sie sind durchaus bereit, Vietnam «den Frieden zu bringen», und die amerikanischen Angreifer mit den Angegriffenen – die Imperialisten mit den Vietnamesen, den Eigentümern des Landes – auf die gleiche Stufe zu stellen. Kambodscha und Vietnam mögen einander nicht groß vertrauen, sie stimmen aber überein in einem Punkt: Frieden, ja, aber nicht Frieden zu jedem Preis, nicht auf Kosten der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des Landes.

Aber es ist höchste Zeit, der Tragödie von Vietnam ein Ende zu machen, um der Ehre der Menschheit willen.

Aus «The Beacon», Melbourne, Mai 1966

Indien: Ein armseliges Beispiel von Demokratie

Wir möchten beileibe nicht die romantische Schönfärberei der indischen Ministerpräsidentin, Frau Indira Gandhi, anlässlich ihres Besuches in Washington, zerstören, aber wenn man es mit der Wahrheit genau nimmt, muß doch gesagt werden, daß Asiens größtes «Bollwerk der Demokratie» (Indien) gerade in bezug auf Demokratie sehr schlecht abschneidet, wenn wir es mit seinem und unserem großen Rivalen China vergleichen.

China brachte es fertig, sich nach schrecklichen Jahren der Dürre aus eigenen Kräften wieder aufzufangen, ohne amerikanische oder russische Hilfe. Strenge Rationierung verhinderte die Hungersnot. Peking hat sogar ein eigenes kleines Hilfsprogramm an Fremdstaaten möglich gemacht. Es stellte die Atombombe her und leistete beträchtliche Entwicklungsarbeit. Der gegenwärtigen Ernährungskrise Indiens wie jeder anderen, an die wir uns erinnern können, bis zu jener im Zweiten Weltkrieg, lag ein Hauptumstand zugrunde, nämlich die Unfähigkeit der Inder, ihre eigenen Spekulanten und Lebensmittelhamster in Schranken zu halten. Hinter der Fassade einer Demokratie geschäftet in Indien eine orientalisch kapitalistisch eingestellte Klasse von Händlern und Wucherern, die es sich inmitten von menschlichem Schmutz und Elend, von dem sie profitieren, sehr wohl sein läßt. Es ist eine bedenkliche Illusion, zu glauben, daß diese überholte, schlecht organisierte und der Verwesung anheimfallende Gesellschaft Asien ein Beispiel der Demokratie geben kann. Indien kann im Gegenteil die Demokratie